

## Grüne Mobilitätswende: Sauber – Sicher – Vernetzt

Immer mehr Menschen treten in die Pedale. Das zeigen nicht nur Befragungen zum Verkehrsverhalten, sondern auch die Entwicklungen beim Absatz von Fahrrädern, E-Bikes und Pedelecs in den vergangenen Jahren. Zuletzt wurde durch die Corona-Pandemie ein regelrechter Boom ausgelöst. Diesen Schub müssen wir nutzen, um den Radverkehr weiter zu stärken.

Denn Radfahren ist nicht nur gut für die Gesundheit, sondern auch gut fürs Klima. Der Verkehrssektor ist immer noch bundesweit für ein Fünftel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich. Hier hat sich in Sachen Klimaschutz in den vergangenen Jahren fast nichts getan. In der Mobilität muss dringend hin zu **mehr Klimafreundlichkeit** umgesteuert werden. Ein **höherer Modal-Split-Anteil** des Radfahrens sorgt für bessere, saubere Luft, weniger Lärm und mehr Aufenthalts- und Lebensqualität in unseren Städten. Wir wollen, dass der Radverkehr landesweit **bis zum Jahr 2030** einen Anteil von **20 Prozent** am Modal Split erreicht.

Für eine erfolgreiche **Mobilitätswende** ist es wichtig, die positiven Entwicklungen im Radverkehr noch stärker zu unterstützen und fortzuführen. Dafür müssen wir eine Infrastruktur schaffen, die **gut ausgebaut, vernetzt und sicher** ist. Denn eine solide Radinfrastruktur ist Grundvoraussetzung dafür, dass mehr Menschen das Rad nutzen. Nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land, um zum Beispiel zum nächsten Bahnhof oder zum nächsten Supermarkt zu fahren.

Ausbau von Radwegen bedeutet dabei auch, dass der Straßenraum neu aufgeteilt werden kann. Jahrzehntlang wurden die Innenstädte und Verbindungen zwischen Dörfern auf dem Land vom Auto her gedacht. Ziel muss es jetzt sein, dass zu Fuß gehen und Radfahren sicherer und angenehmer gemacht werden und der Raum unter den Verkehrsträgern zugunsten von Fuß- und Radverkehr sowie zugunsten von mehr Aufenthaltsflächen für Bürgerinnen und Bürger neu verteilt wird. Wir wollen **Best-Practice-Beispiele** aus den Kommunen nutzen, bekannter machen und landesweit umsetzen.

## Ausbautempo bei Radwegen verdoppeln

Wir wollen das jährliche **Ausbautempo bei Radwegen mindestens verdoppeln**. In den vergangenen zehn Jahren hat sich das Radwegenetz im Zuge von Bundesstraßen, Landesstraßen, Kreisstraßen sowie kommunalen Straßen um durchschnittlich 30 Kilometer verlängert. Unser Ziel lautet, jährlich rund 60 Kilometer hinzu zubauen. So sollen in der kommenden Legislaturperiode innerhalb von fünf Jahren rund 300 Kilometer neue Radwege entstehen. Zusätzlich wollen wir auch das Tempo bei der Sanierung steigern. Die Mittel für den Radwegebau wollen wir erhöhen und die personellen Kapazitäten beim Landesbetrieb Mobilität erweitern.

Die Kommunen wollen wir beim Ausbau des Radwegenetzes unterstützen, indem wir die Stelle einer/-s **Radverkehrsbeauftragten auf Landesebene** einrichten, die/der die Kommunen zu Fördermöglichkeiten berät und sie bei der Entwicklung des Radverkehrs unterstützt. Darüber hinaus wollen wir eine zentrale Kommunikationsstelle auf Landesebene („AG Alltagsradverkehr“) einführen, in der sich die Kommunen und Gemeinden über die Förderung, Leitfäden und Zukunftsprojekte im Bereich Radverkehr verständigen. Wir werden auch dafür sorgen, dass kommunale Radverkehrskonzepte sowohl beratend als auch finanziell besser gefördert werden. Dazu gehört auch die weitere Unterstützung bei der Einrichtung von Fahrradverleihsystemen. Die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten beim Radverkehr wollen wir erweitern, indem wir Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe machen.

## Fahrradparkhäuser für mehr Radverkehr

Mit gut ausgebauten, sicheren Radwegen können wir mit einem guten Gefühl aufs Rad steigen – ob Berufspendelnde auf dem Weg zur Arbeit oder Kinder auf dem Schulweg. Sicherheit beim Radverkehr endet aber nicht beim Radweg. Für viele Menschen bietet es sich auf dem Weg zur Arbeit an, einen Teil ihrer Pendelstrecke mit dem Rad zurückzulegen und dann mit Bus oder Bahn weiterzufahren. Aber viele kennen auch das: Das geklaute Fahrrad oder das zerstörte Vorderrad aufgrund schlecht geeigneter Fahrradständer gehört an vielen Bus- und Umstiegspunkten zum Alltag.

Um das Rad jederzeit an einem sicheren Platz verwahren zu können, wollen wir den **Bau von Fahrradparkhäusern** bzw. die teilweise Umnutzung von PKW-Parkhäusern fördern. Wir wollen einen landesweiten Ausbauplan erstellen und diesen gemeinsam mit den Kommunen umsetzen. Darüber hinaus können dort Lademöglichkeiten für E-Bikes und Pedelecs sowie Serviceangebote für Wartung und Reparatur angesiedelt werden.

Damit kommen wir dem Bedürfnis der Radfahrer\*innen nach einem angemessenen Schutz vor Diebstahl und Witterung nach. Gleichzeitig motivieren wir damit noch mehr Menschen zum Umstieg aufs Rad, insbesondere, um die Strecke vom Wohnort bis zur nächsten ÖPNV-Anbindung zu überbrücken. Gerade mit der vermehrten Nutzung von hochwertigen Pedelecs müssen sich so die Radfahrer\*innen keine Sorgen mehr um einen sicheren Abstellplatz und einen Ort zum Laden des Akkus machen. Wir wollen hierfür landesweit einheitliche Standards entwickeln und streben eine einheitliche Nutzungsweise der Fahrradparkhäuser in ganz Rheinland-Pfalz an. So könnten Radfahrer\*innen in allen Fahrradparkhäusern mit der gleichen Karte, Chip, Transponder oder per App ihren Abstellplatz buchen.

Für uns ist klar, wir brauchen eine Vernetzung aller Mobilitätsformen. Denn für eine erfolgreiche Mobilitätswende müssen einerseits Fahrrad, Bahn und Bus gestärkt und andererseits der Umstieg auf alternative Antriebe erleichtert werden. Den Ausbau der Ladeinfrastruktur wollen wir voranbringen, sodass E-Mobilität an allen Orten in Rheinland-Pfalz möglich ist. Nur so gelingt eine umfassende grüne Mobilitätswende.

#### **Wir wollen:**

- Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und damit die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten beim Radverkehr erweitern;
- das Ausbautempo bei Radwegen mindestens verdoppeln;
- dass der Radverkehr landesweit bis zum Jahr 2030 einen Anteil von 20 Prozent am Modal Split erreicht;
- die Stelle einer/-s Radverkehrsbeauftragten auf Landesebene einrichten;
- den Bau von Fahrradparkhäusern verstärkt finanziell unterstützen;
- eine zentrale Kommunikationsstelle auf Landesebene („AG Alltagsradverkehr“) einführen;

- das JobRad-Modell für Beamtinnen und Beamten des Landes ermöglichen sowie darauf hinwirken, dass das Tarifrecht für die Angestellten des Landes für die Möglichkeit der Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung eines Dienstfahrrads geöffnet wird;
- dafür sorgen, dass die sieben Korridore aus der Potenzialstudie des Landesbetriebs für Mobilität für den Bau von Radschnellverbindungen aus dem Jahr 2014 realisiert werden und das Radwegenetz weiterentwickelt wird, sodass alle Pendlerinnen und Pendler in Rheinland-Pfalz eine schnelle Anbindung zu ihrer Arbeits- oder Ausbildungsstelle haben;
- kommunale Radverkehrskonzepte sowohl beratend als auch finanziell gefördert werden;
- die Fahrradmitnahme in den Nahverkehrszügen durchgehend und kostenfrei ermöglicht wird;
- eine aktualisierte Bedarfs- und Machbarkeitsanalyse für Fahrradstationen in Rheinland-Pfalz durchgeführt wird;
- die Landesbauordnung dahingehend überarbeiten, dass die Kommunen in ihren Satzungen festlegen können, dass aus den Mitteln der Stellplatzablöse nicht nur neue Fahrradparkplätze und -häuser gebaut werden können, sondern auch die Umnutzung bzw. der Umbau von bestehenden Parkflächen finanziert werden kann.